EMIL

Eimsbüttel mit Links. Informationen **DIE LINKE.** Fraktion in der Bezirksversammlung Eimsbüttel

Januar 2012

EMIL ist das vierteljährliche Informationsblatt der Bezirksfraktion der LINKEN in Eimsbüttel. EMIL, das steht für „Eimsbüttel Mit Links“. EMIL informiert aus dem Bezirk, von der Basis, aus der Bezirksversammlung und den Ausschüssen. Für Sie und euch, mit Ihnen und euch – für eine bessere Politik in unserem Bezirk.

Streitgespräch

Die Uni, die Wiese und das Schröderstift. Bürgerbeteiligung bei der Planung des Uni-Neubaus – echte Demokratie oder nur Augenwischerei. Hartmut Obens und Arndt Prenzel streiten sich solidarisch: **Seite 4 + 5**

Kommunales Wahlrecht

Die Eimsbüttler CDU sträubt sich vehement gegen eine Initiative zum Kommunalen Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten. **Seite 7**

Unsere Frau im Rathaus

Kersten Artus geht mit viel Power ins Jahr 2012 und spottet über die Spielplatz-Posse der CDU: **Seite 14 + 15**

Ein-Euro-Jobs in Hamburg:

Grafik: aw-design

Sozialer Frondienst vor dem Aus

Ein Drittel aller Ein-Euro-Jobs werden in Hamburg gestrichen. Sozialprojekte sind bedroht – auch in Eimsbüttel. Es könnte auch anders gehen. Wie Arbeitsplätze durch lokale Ökonomie geschaffen werden könnten: **Seite 3**

Eimsbüttler Fahrradforum: Fahrradrouten schaffen

Im Herbst 2011 hat das Bezirksamt das „Eimsbüttler Fahrradforum“ initiiert: Eine Expertenrunde zur Förderung des Radverkehrs in Eimsbüttel. *Von Helli Laab*

Am 21. Oktober fand das erste Treffen im Bezirksamt statt. Die Schwerpunkte: Radverkehrsförderung und -strategie für Hamburg und ein bezirkliches, eingebundenes Radverkehrskonzepts für Eimsbüttel.

Beabsichtigt ist, den Radverkehr von den Gehwegen auf die Straße zu verlagern. Dies bedeutet eine Flächenkonkurrenz zum Autoverkehr. Eine Vorstellung, die von Seiten des ADAC als besorgniserregend eingestuft wird: Die Autofahrer würden noch mehr eingeschränkt. Dem widerspricht Bezirks-Baudezernentin Birgit Fuhlendorf und betont, dass der Autoverkehr in Hamburg insgesamt rückläufig sei. Auch wenn die angestrebten 18 Prozent Verkehrsbeteiligung durch Fahrradfahrten irgendwann erreicht seien, gäbe es immer noch Spielräume. Es müssten zukunftsfähige Prioritäten gesetzt werden.

Eine ernste Sache sind die Unfallzahlen. In den letzten drei Jahren hat es vier Tote und hundert schwerverletzte Radfahrer gegeben. Dabei war in achtzig Prozent der Fälle ein Auto beteiligt – meistens beim Ab- und Einbiegen. Unfallschwerpunkte sind Hoheluftchaussee, Grindelberg, Osterstraße und Bundesstraße.

Aufgabe wird es sein, objektiv und subjektiv sichere Fahrradrouten zu schaffen, auch zu Lasten des Autoverkehrs.

Bezirksamtsleiter Torsten Sevecke, selbst ein passionierter Fahrradfahrer, betonte die Wichtigkeit eines Mobilitätskonzepts im Zusammenhang mit dem Uni-Neubau. Das ist aus Sicht der Linksfraktion richtig und gut. Sevecke will aber auch viele Tiefgaragenstellplätze schaffen. Wieso das erforderlich ist, wo doch jeder Studierende mit seinem Semesterticket auch eine kostenlose HVV-Karte gestellt bekommt und sehr viele Uni-Bedienstete die preiswerte HVV-Profi-Card nutzen, wäre zu hinterfragen.

Hinzu kommt, dass viele Uni-Beschäftigte schlecht eingruppiert sind oder gar Teilzeitarbeitsverträge haben und somit schwer in der Lage sein werden, sich einen teuren Tiefgaragenstellplatz zu leisten. Aber das ist eine andere Baustelle.

Editorial

Foto: Privat

Von Hartmut Obens

Wozu haben wir eigentlich einen Arbeits- und Sozialsenator? Antwort: Natürlich, um in Hamburg Arbeits- und Sozialpolitik zu machen. Klar. Aber was macht Senator Scheele? Er reicht die von Schwarz-Gelb in Berlin beschlossenen Kürzungen für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in Hamburg einfach weiter, ohne sich Eigenes einfallen zu lassen. Dieses „Weihnachtsgeschenk“ an die Langzeitarbeitslosen führt nun dazu, dass zum 31. Dezember viele sogenannte „Ein-Euro-Jobber“ auf der Straße landeten. Gibt es alternative Angebote für die Betroffenen? Fehlanzeige! Und Scheeles Glanzstück war die geplante Rücküberweisung von rund zehn Millionen Euro, die für Beschäftigungsförderung angeblich nicht „abgerufen“ wurden. Sozialdemokratische Nicht-Politik! Ein Beispiel, wie sich diese Nicht-Politik auswirkt, ist die „Fahrradstation“ auf dem Uni-Campus. Die LINKE hat dies in der Bezirksversammlung Eimsbüttel zur Sprache gebracht und Möglichkeiten aufgezeigt, den Betroffenen eine Perspektive zu bieten. Eine wäre die Gründung einer Sozialgenossenschaft, damit alle „Jobber“ eine sinnvolle Alternative bekommen: sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Die LINKE-Fraktion hat einen Brief an das Jobcenter team.arbeit.hamburg geschrieben, mit der Bitte, andere Förderungsmöglichkeiten auszuloten, um sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen.

Ein ebensolches Glanzstück sozialdemokratisch-grüner Machtpolitik in Eimsbüttel ist die barsche Ablehnung unseres Antrags, in Eimsbüttel eine „Baumtour“ zu veranstalten, um einen Überblick über die Folgen verstärkter Bautätigkeit im hochverdichteten Eimsbüttel auf den Baumbestand zu bekommen. Argument von SPD-Fraktionschef Rüdiger Rust: Wir haben einen Stadtplanungsausschuss und regionale Bauausschüsse, und die machen ihre Arbeit gut. Basta! Anflüge von Selbstkritik und Bescheidenheit sind einem Herrn Rust ohnehin fremd. Und die GAL? Siehe SPD ...

Erfreulicherweise hatte sich die Baumgruppe des NABU Hamburg bereit erklärt, eine solche Besichtigungstour auszuarbeiten. Wir werden als Fraktion eine Baumtour durchführen. Der Termin wird in Kürze bekanntgegeben. Wer sich beteiligen möchte, melde sich bei uns, damit wir einen geeigneten Bus bestellen können.

Ein-Euro-Jobber: Arbeitsplätze durch lokale Ökonomie

Foto: Privat

Hamburg trauert allüberall, denn die ach so sozialen Ein-Euro-Jobs werden drastisch um ein Drittel verringert. Boulevard-Presse und engagierte Honoratioren, Politiker und Trägergesellschaften warnen vor dem Ende von Sozialprojekten. Doch es könnte auch anders gehen. *Von Hartmut Obens*

Ein Besuch bei der Fahrradstation auf dem Uni-Campus. Seit 2004 gibt es den Laden. Das Angebot reicht von der Selbsthilfewerkstatt über den Fahrradladen, die Fahrradwerkstatt, dem Verleih bis hin zum Parkhaus. Zwanzig „Ein-Euro-Jobber“ wurden hier beschäftigt – bis Ende 2011. Zweiradmechanikermeister Thorsten Rusche wird ab Januar 2012 „bis auf Weiteres“ nur noch mit zwei Auszubildenden seine Dienste anbieten. Alle dort beschäftigten „Ein-Euro-Jobber“ werden gehen müssen, ohne dass ihnen, bei ihren oft schwierigen persönlichen und sozialen Lebensverhältnissen, eine Alternative angeboten würde. Eine Alternative zur Entlassung wäre eine qualifizierte Ausbildung und sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse. Thorsten Rusche ist davon überzeugt, dass die guten persönlichen und sozialen Fortschritte, die nicht wenige der hier Tätigen erreicht haben, mit einem Schlag zunichte gemacht würden, wenn es zur Schließung kommt.

Die Fraktion DIE LINKE in der Bezirksversammlung Eimsbüttel wird sich für den Erhalt der Fahrradstation einsetzen und Vorschläge für eine Weiterbeschäftigung der Mitarbeiter machen. Aber nicht auf Basis von „Ein-Euro-Jobs“, sondern durch öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, für die es in Eimsbüttel einen großen und ständig wachsenden Bedarf gibt. Und das bedeutet: Es geht um Arbeitsplätze. Das sollten auch solche Arbeitsplätze sein, die den ökologischen Umbau und die Energieeinsparung im betrieblichen und privaten Bereich vorantreiben.

Dieses Beispiel, das sich beliebig ergänzen lässt, macht eines deutlich: Notwendig ist die vollständige Abschaffung der „Arbeitsgelegenheiten“ und ihre Ersetzung durch öffentlich geförderte, tariflich geregelte sozialversicherungspflichtige Ausbildungs- und Arbeitsplätze, als erster Schritt zur Schaffung eines „sozialen Arbeitsmarkts.“

Es gilt, ein sinnvolles und ausgewogenes Verhältnis von Leistungen des klassischen öffentlichen Dienstes und anderen Formen öffentlich geförderter Beschäftigung für jeden gesellschaftlichen Bereich, beispielsweise Sozialarbeit, Jugendarbeit, Kultur oder Umweltschutz konkret und möglichst örtlich zu bestimmen. Als zweiter Schritt ist die massive Aufstockung der Anzahl dieser öffentlich geförderten Arbeitsplätze in den Bereichen Bildung, Schule, Soziale Dienste und Stadtentwicklung sowie die Bereitstellung der hierfür notwendigen Finanzmittel erforderlich.

Es wäre doch denkbar, dass eine Arbeitsgruppe des Bezirks hierfür Beispiele benennt und Vorschläge unterbreitet und dabei durch öffentliche Fördermittel und –maßnahmen auch solche Menschen berücksichtigt werden, die zunächst am ersten Arbeitsmarkt keine Chancen haben.

In diesem Konzept jedenfalls haben das Baugewerbe, Handwerksbetriebe und kleine Industriegewerbe einen hohen Stellenwert, weil sie beispielsweise für die Wärmedämmung, Wohnumfeldverbesserung, Radwegebau oder Sanierung herangezogen werden können.

Öffentlich geförderte Arbeitsplätze lassen auch Auswirkungen auf den privatwirtschaftlichen Bereich generieren.

Die Uni-Fahrradstation ist nur ein Beispiel, wie es gehen könnte, wie es gehen muss.

Foto: Helga Obens

Hartmut Obens (DIE LINKE), Wulf Beleites (EMIL) und Arndt Prenzel (Schröderstift)

Auch nach Anhörungen und Bürgerbeteiligung zum Uni-Neubau gehen die Meinungen auseinander. Ein Streitgespräch zwischen Arndt Prenzel (Schröderstift) und Hartmut Obens (Bezirksfraktionsvorsitzender DIE LINKE). Interview: *Wulf Beleites*

Schein oder Sein – Bürgerbeteiligung beim Uni-Entscheid

EMIL: Es gibt Irritationen beim Neubau der Uni. Es hat immer wieder Verwechselungen gegeben: Wiese, Grünanlage, Wäldchen. Was soll bebaut werden?

Arndt Prenzel: Es gibt das Wäldchen mit uraltem Baumbestand, das ist das Schrödersche Wäldchen und dann gibt es die Liegewiese am Geomatikum, die auch manchmal Roncalli-Wiese genannt wurde. Nach der Entscheidung des Preisgerichts wird diese Liegewiese zwischen Geomatikum und Schröderstift komplett bebaut.

Hartmut Obens: Es hätte Sinn gemacht, unserem Antrag nach einem Ortstermin zu entsprechen, um alle diese verschiedenen Interpretationen einmal an Ort und Stelle und auch mit dem Architekten zu klären: Aber leider haben SPD und GAL Nein gesagt, wie sie häufig Nein sagen, nur weil der Antrag von uns kommt.

Prenzel: Über 500 Bürger haben am Beteiligungsverfahren teilgenommen. Mit über 2.000 Arbeitsstunden, die sie freiwillig investiert haben und es gab eben diese klare Richtlinie, dass Wiese und Wäldchen erhalten bleiben sollen. Leider hat sich nur ein Architekt daran gehalten, die Wiese in ihrer Gesamtheit zu erhalten.

EMIL: Woran stört sich denn sich jetzt das Schröderstift.

Prenzel: Das Schröderstift ist ja ein historischer Bau, 1851/52 gebaut, und ist einer der markantesten Stiftsbauten, die es in Hamburg gibt. Nun rückt ein weiterer Bau hinter das Schröderstift, siebengeschossig. Dieser universitäre Zweckbau würde auch die Gesamtansicht auf das Schröderstift komplett verändern. Dazu gehört das Schrödersche Wäldchen und eben auch die Grünanlage.

EMIL: Aber die Linksfraktion in der Bezirksversammlung kann mit dem ersten Preisträger des Architektenwettbewerbs leben?

Obens: Es gab nur einen Entwurf, der tatsächlich die Anforderungen, die ursprünglich definiert waren, komplett eingehalten hat. Aber die Universität ist ein Zweckbau. Natürlich ist die architektonische Anmutung des zweiten Platzes viel schöner. Aber wenn die Universitätssachverständigen sagen, wir können da keine Transportwege einführen, wir sind ja mathematisch-naturwissenschaftlicher Bereich, wir haben Berechnungen durchgeführt, dass dieser zweite Platz diesen Anforderungen nicht genügt und wenn, wie aus einem Munde die Universität sagt, damit könnten wir in keinem Fall leben, dann haben wir die Situation noch einmal als Bezirkspolitiker abgewogen und gesagt, na ja gut, dann müssen wir schon auf dieses Votum der Universität Acht geben.

Prenzel: Nur die Frage ist dann natürlich, wenn die Universität von vorneherein diesen Monolithen, diesen

einem Bau haben wollte, um dort die verschiedenen Fachrichtungen nach dem Motto, kurze Wege, Zimmer an Zimmer zu bauen, dann hätte man sich das Verfahren, die Bürgerbeteiligung auch ersparen können.

Obens: Da bin ich mir jetzt nicht so sicher, denn das Bürgerbeteiligungsverfahren bezog sich ja auf die beiden Komplexe: die städtebauliche Lösung und die funktionale Anforderung an den Hochbau. Ich muss sagen, dass in Bezug auf die städtebauliche Lösung das Bürgerbeteiligungsverfahren wesentlich mehr durchgeschlagen ist. Bei der Entscheidung für den Hochbau waren universitätsinterne, funktionale Gründe ausschlagsgebend.

Prenzel: Noch einmal kurz zur Wiese: Sie wird hauptsächlich von Anwohnern und Studenten genutzt. Und sie wurde für kulturelle Zwecke genutzt. Da hat das Theater Zeppelin sein 25jähriges Jubiläum gefeiert, früher waren Roncalli da und der Theaterhof Priessenthal.

Obens: Diese Argumente wiegen schwer. Sie sind Eingriffe in kulturelle Tatbestände, die wir als wichtig erachten. Auch der Kindergarten, den es dort gibt, nutzt ja diesen Bereich. In dem jetzt beginnenden Beteiligungsverfahren versuchen wir, noch Veränderungen herbeizuführen. Erstens: Änderung der architektonischen Anmutung des Universitätsgebäudes. Zweitens: Was kann man machen, um den Anforderungen an die Wiese noch besser zu entsprechen.

Prenzel: Zur archetektonischen Anmutung: Da wird der Oberbaudirektor ganz alleine entscheiden, wie die Fassade aussieht. Da gibt es überhaupt keine Beteiligung von Seiten des Bezirkes.

Obens: Das würde ich für einen Skandal halten. Auch hier soll es noch Mitgestaltungsmöglichkeiten geben. Da werde ich in der Bezirksversammlung gegen dieses Vorhaben, gegen dieses Verhalten sprechen und wir werden dort auch als Fraktion unsere Vorstellungen über ein mitbestimmtes Architekturverfahren, was die Front anbetrifft, auf jeden Fall deutlich machen.

Prenzel: Das Beteiligungsverfahren ist vorbei.

Obens: Nein, wir müssen ...

Prenzel: Für diese Geschichte ist es vorbei.

Obens: Aber wir müssen sicherstellen, dass jetzt eine Phase der Bürgermitbeteiligung eintritt, die genau an diesen beiden Punkten ansetzt. Es ist völlig unbenommen, dass das Bezirksamt sagt und auch die Bezirksversammlung beschließt: Für uns ist das Bürgerbeteiligungsverfahren noch nicht zu Ende, wir legen das neu auf. Und dann muss man Verbesserungsmöglichkeiten ins Auge fassen. Das kann nicht das gesamte Verfahren gewesen sein. Davon bin ich vollkommen überzeugt.

EMIL: Noch einmal zurück zu der vergangenen Bürgerbeteiligung und dem Stimmrecht oder dem mangelnden Stimmrecht.

Obens: Die Nichtgewährung von Stimmrecht für die Anwohner ist pseudodemokratisch, scheindemokratisch. Wir als Linke haben von Anfang an gefordert, in dieses Findungsgremium auch Anwohner reinzuwählen. Das wurde ja noch abgewiesen beim ersten Mal. Dann gab es eine Konzession der Senatorin: Es dürfen sich da zwei oder drei Leute beteiligen, aber die haben kein Stimmrecht. Das ist natürlich nicht wirklich demokratisch.

Prenzel: Das ist ja im Moment noch bei allen Bürgerbeteiligungsverfahren so, dass letztendlich die Bürger gerade mal zuhören dürfen und nicht mit abstimmen dürfen. Sie fürchten um die Mehrheiten. Angenommen, die drei Bürgervertreter hätten Stimmrecht bekommen, dann hätte möglicherweise die Uni ihre Kiste nicht durchziehen können.

Obens: Es ist auf jeden Fall erst einmal wichtig, dass man deutlich macht: Die Planung und Mitbestimmung der Bürger an diesem Thema ist nicht beendet.

Prenzel: Dazu muss man dann auch erst einmal analysieren, inwieweit es noch möglich ist und wie der Stand der Dinge in den Behörden ist.

EMIL: Also: Inwieweit hat der Bezirk noch Einfluss? Oder liegen die Entscheidungen jetzt allein beim Senats?

Obens: Der Auftragsgeber ist die Wissenschaftsbehörde. Es ist ja, wenn man so will, ein senatsevoziertes Verfahren, das ist das Problem. Wir haben es hier mit der politischen Verantwortlichkeit des Senates zu tun. Wir müssen also jetzt schauen, wo es bei dem, was die Bürger mitentschieden haben, manifeste Verstöße gibt.

Prenzel: Man müsste die Bürgerbeteiligung auf ganz andere Füße stellen: Dass die Bürger Stimmrecht, mehr Einfluss haben, weil man letztendlich den Eindruck hat, vom Bürgerwillen bleibt nicht mehr allzu viel übrig. Wir sind ja im Bündnis „Recht auf Stadt“. Dort ist man ziemlich einhellig der Meinung, dass diese Bürgerbeteiligungsverfahren letztendlich gar nichts bringen.

Obens: Wir wollen als Fraktion diese Frage der wirklichen Bürgerbeteiligung, der wirklichen Demokratie, jetzt durch ein Rechtsgutachten prüfen lassen. Welche Möglichkeiten der echten Beteiligungsmöglichkeiten von Bürgern, von Anwohnern, von der Öffentlichkeit gibt es dazu? Wir werden nach dem Rechtsgutachten eine Veranstaltung mit der Juristin Lena Dammann machen. Ich lade jetzt schon die Schröderstiftbewohner und auch Vertreter von „Recht auf Stadt“ zu dieser Veranstaltung ein.

Isebek-Domizil:

Alter Apfelbaum bleibt

Es ist die unendliche Geschichte vom Hoheluft-Kontor zum Isebek-Domizil, die sich nun einem Ende nähert. Abgelehnt das eine, Baubeginn für das andere – und offene Fragen zum Drumherum.
Von Wulf Beleites

Foto: Bauplan Nord GmbH

Das Isebek-Domizil an der Hoheluft

Etwa 150 Eimsbüttlerinnen waren zu der Informationsveranstaltung zum geplanten Isebek-Domizil der Bauplan Nord gekommen. Klar von Anfang an: Das „Gebäude“ (Bauplan Nord) oder der „Klotz“ und „Koloss“, so die Anwohner, wird gebaut. Überbetont unironisch fasste Eimsbüttels Bezirksamtsleiter Torsten Sevecke die Situation zusammen: „Herr Duchrow, Ihnen ist es zu verdanken, dass wir da jetzt Wohnungen bekommen. Das ist nicht polemisch gemeint.“ Nein, polemisch war es mit Sicherheit nicht, aber so mancher Teilnehmer spottete unverhohlen über den „Don Quijote von der Isebek“ und seinen langen Kampf für die Umwelt am Kanal und gegen den Bau an der Hoheluft.

Die unendliche Geschichte im Zeitraffer: Der Bebauungsplan Hoheluft-West 13/Harvestehude 12 sieht unter anderem die Neugestaltung des Ufergeländes am Isebekkanal und den Bau des Bürokomplexes Hoheluft-Kontor vor. Anwohner protestieren und unter Federführung des Eimsbüttlers Dr. Harald Duchrow gründet sich die Bürgerinitiative „Hände weg vom Isebek“. Unterschriften werden gesammelt und am Ende steht ein erfolgreicher Bürgerentscheid, der von der Bezirksversammlung übernommen wird. Damit scheint das Bauvorhaben gestoppt. Doch der Bezirk gibt nicht auf. Der Bürgerentscheid hätte sich nur gegen ein neues Bauvorhaben mit dem Kontorhaus

Foto: Bauplan Nord GmbH

Am Kanal: Der neue Komplex vom Kanal aus

gerichtet, für ein Wohnhaus gelte aber ein alter Bebauungsplan, der gar nicht geändert werden müsse. Im Klartext: Ein Hoheluft-Kontor mit Büros ist zwar verhindert worden, ein ebenso großes Isebek-Domizil mit Wohnungen kann aber gebaut werden. Daher der lakonische Dank des Bezirksamtsleiters an die Bürgerinitiative und insbesondere Herrn Duchrow.

Das neue Wohnhaus ähnelt zwar von außen dem altgeplanten Bürokomplex, aber im Inneren sollen 71 neue Wohnungen entstehen. Zusätzlich im Erdgeschoss ein Supermarkt und eine Drogerie. Dreißig Wohnungen werden mit einer Größe von 20 bis 25 Quadratmetern Studenten-Appartements für rund 300 Euro Kaltmiete. Die restlichen 41 Wohnungen werden eine Größe von 60 bis 130 Quadratmeter und eine Dachterrasse oder Balkon zur Isebek haben. Der Quadratmeterpreis hier: ab zwölf Euro Kaltmiete! Weiter kommen hinzu: eine Tiefgarage mit Stellplätzen für je 100 Euro, ein Innenhof mit Fahrradstellplätzen und zu den Kleingärten hin ein Spielplatz. Die Bäume sollen, so Thomas Tradowsky vom Kontor Freiraumplanung, „soweit es geht erhalten bleiben, so beispielsweise ein alter Apfelbaum. Zwei Bäume bleiben stehen, sechs neue kommen hinzu. Vorher gab es zwölf Bäume.“

Offen blieb die Frage des Vorplatzes und der Kehre. Die Fraktion der LINKEN hatte hierzu in der Bezirksversammlung einen Antrag für einen Architektenwettbewerb zu diesem „vergessenem Gelände“ eingebracht. Einhellig lehnten dies alle anderen Parteien ab. Rüdiger Rust (SPD) sprach von „Geld verbrennen.“ Roland Seidlitz (GAL) forderte, „Ruhe in die Diskussion zu bringen.“ Und Michael Westenberg (CDU) wünschte sich den „Respekt vor der direkten Demokratie.“

Auf der Informationsveranstaltung dann die Läuterung. Rust will seiner Fraktion über die Stimmung berichten. Seidlitz will sich „auf den Weg“ machen, „gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern nach einer Verbesserung zu suchen.“ Und auch Thomas Thomsen von der CDU-Fraktion hat dazu gelernt: „Die CDU unterstützt das.“

Und: Der alte Apfelbaum bleibt stehen.

Foto: Beleites

„Migranten, lernt gefälligst Deutsch!“

Gelangweiltes Desinteresse bei den Fraktionsspitzen von GAL und SPD, aber immerhin keine Ablehnung wie bei der CDU, rechts nicht im Bild

Die Aussage der CDU Bezirksfraktion ist klar: Kein kommunales Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten. *Ein Kommentar von Žaklin Nastić*

Die Bezirksfraktion DIE LINKE Eimsbüttel hat einen Antrag in die Dezember-Bezirksversammlung zum kommunalen Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten eingebracht. Die Beschlussfassung sieht vor, dass sich die Vorsitzende der Bezirksversammlung, Mechthild Führbaum (SPD), beim Senat, bei der Bürgerschaft und den zuständigen Behörden dafür einsetzt, dass eine neue Initiative im Bundesrat zur Änderung des Grundgesetzes angestrebt wird.

Immerhin sind etwa 23,5 Prozent der Eimsbütteler Bevölkerung Menschen mit Migrationshintergrund. Viele von ihnen haben weder einen deutschen noch einen EU-Pass und somit keinerlei politische Mitwirkungsrechte. Die stark rückläufigen Einbürgerungen und eine enorm erschwerte Gesetzgebung sind kaum eine Lösung für die politische Teilhabe von allen Mitgliedern unserer Gesellschaft.

2008 hat der Europarat die Empfehlung an alle Mitgliedsstaaten ausgesprochen, den Migrantinnen und Migranten zumindest auf kommunaler Ebene das aktive und passive Wahlrecht zu erteilen. Bis heute sind 16 EU-Staaten dieser Aufforderung gefolgt.

Nun müsste man annehmen, wir in Eimsbüttel wären im Jahre 2011 etwas sensibilisiert, sowohl was die Vergangenheit der Bundesrepublik angeht als auch angesichts der aufgedeckten rassistischen Morde, im Hinblick auf Vorurteile und Klischees.

Hier hat besonders der Redebeitrag eines Abgeordneten der CDU-Bezirksfraktion Anlass zum Staunen, gar zum Erschrecken gegeben.

Wenn jemand seine Ablehnung mit der Argumentation „untermauert“, die Migranten sollten, wenn sie wählen wollen, die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen und gefälligst Deutsch lernen, dann zeigt das auf, wo dieser Politiker steht: Ziemlich weit rechts! Dass er sich dabei nicht scheut, unseren Antrag als „Linkspopulismus“ zu denunzieren, macht deutlich, dass er überhaupt nichts gelernt hat.

Was sagt uns dies über die Bereitschaft der CDU, aus Vergangenem zu lernen? Eine Menge.

Es muss sich doch jede Christin und jeder Christ fragen, was genau das Christliche an dieser Union ist: Etwa die Kriegseinsätze, der Waffenhandel mit Diktatoren oder der massive Abbau des Sozialstaats?

„Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“, so die Bibel. Ist eine solche Politik mit dem christlichen Glauben vereinbar?

Klischees sind hier offenbar das geeignetere Mittel, um bestehende Vorurteile gegen ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger zu verstärken, um politisch lästige Forderungen abzuwimmeln.

Durch Dialog und Verständnis können Klischees und Vorurteile überwunden werden. Solidarität, voneinander lernen sowie sozialer und intellektueller Fortschritt können nur auf diese Weise gedeihen. Für eine moderne, plurale und friedvolle Gesellschaft muss diese Kompetenz gelernt werden. Dies sollte auch bei der CDU-Eimsbüttel langsam angekommen sein.

Der Antrag wurde immerhin mit den Stimmen der GAL und SPD in der Ausschuss Bildung, Integration und Sport verwiesen. Immerhin. Aber es geht auch anders: Die Bezirksversammlungen von Mitte und Harburg stimmten einem ähnlichen Antrag zum Kommunalen Wahlrecht zu. Aber auch dort blieb sich die CDU treu und stimmte dagegen.

Foto: Privat

Bruno – und der Denkmalschutz

Heute möchten wir Ihnen einen besonderen Spezialisten vorstellen. Genau genommen ist es ein Allroundspezialist – ein Begriff, der an sich keinen Sinn ergibt, auf unseren heutigen Interviewpartner aber doch irgendwie zutrifft. Es handelt sich um Bruno Gelatti. Er selbst behauptet, ein Weiberheld, Zauberkünstler, Genie, Mathematiker und Kosmopolit zu sein, was uns einen tiefen Einblick in die nicht gerade an Selbstunterschätzung leidende Psyche dieses ungewöhnlichen Individuums gibt. Seit einiger Zeit ist er im Bezirk Eimsbüttel bei einer gewissen B. wohnhaft und beschäftigt sich seitdem ausgiebig mit dem Altertum, so dass er sich neuerdings das Etikett „world greatest archaeologist“ umgehängt hat.

Interview EMIL: *Astrid Dahaba*

Bruno Gelatti: *Brigitte Dahmen*

EMIL: *Guten Tag, Herr Gelatti. Schön, dass Sie sich zu einem Interview zur Verfügung stellen.*

Bruno Gelatti: Tachchen auch, is doch Ährensache, dat ich hier antworte. Abba dat Sie lass mal wech, dat ist unter die LINKE doch nich üblich, odda?

EMIL: *O.K. Kommen wir zum Thema. Die Bezirksversammlung hat einen Antrag gestellt, dass ein Referent oder eine Referentin über den Denkmalschutz im Kulturausschuss berichten soll. Leider wurde der Ergänzungsantrag der LINKEN nicht angenommen, um auch über den Bodendenkmalschutz zu sprechen. Sie – Verzeihung – du bist mir von der Fraktion DIE LINKE als Experte für Bodendenkmäler empfohlen worden. Du hast schon an mehreren Grabungen teilgenommen und wir wollen gern deine Erkenntnisse aus erster Hand erfahren – sozusagen als Praktiker.*

Bruno: Da biste bei mich anner richtigen Adresse, ich bin Praktikar und Expärte in einem. Ne ganz seltene Mischung heutzutage. Abba für mich kein Problem. Die Bodendenkmäler sind sozusagen alle Denkmäler, die im Boden sind. Im Unterschiet zu den Luftdenkmäler ...

EMIL: *Wie bitte?*

Bruno: Is natürlich Schwachsinn, wollte nur mal testen, ob du aufpasst. Also, die wenigsten wissen, dat dat Denkmalschutzgesetz für beide gelten tut: für die Bodendenkmäler und die Baudenkmäler.

EMIL: *Das heißt: für unten und oben!?*

Bruno: Genau, besser hätte ich ett nich sagen können. Die, die unten sind, sieht mann natürlich nich, deshalb denken viele, sie sind nich da, wat abba ein Trugschluss is.

EMIL: *Die, die unten sind, sieht man nicht. Das bezieht sich seit ewigen Zeiten auch auf die arbeitende Bevölkerung – siehe die Arbeiter, die die Pyramiden von Gizeh erbaut haben – oder andere große Baudenkmäler. Den Ruhm bekommen immer andere ab, beispielsweise die Könige. Vieles, was in der Erde noch verborgen ist, bezieht sich auf die Lebensweise der Menschen, die in vorherigen Jahrhunderten gelebt haben, also auch auf Bauern und Handwerker. Ist das richtig?*

Bruno: Nich nur Jahrhunderte – Jahrtausende können wir Archäologen ans Licht holen. Und, klar ham wir die Bauern und die Handwerker fast imma im Vesir, weil die die hauptsächlichen Produktivkräfte warn – inner Steinzeit gabs ebend noch keine Maschinen.

EMIL: *Was war bisher das Eindrucksvollste, das du bei einer Grabung entdeckt hast?*

Bruno: Tja, wat war dat Eindruckvollste? Laß mich mal überlegen. Wenn ich so recht überlege war auf jeder Grabung wat Tolles. Mal war et nen Brunnen, mal nen kleiner Goldring. Odda die Hand und den Unterarm – natürlich nur die Knochen – eines Menschen, die hab ich im Keller vom Turm von einer Stadtbefestigung ausgegraben, dat war vielleicht gruselich. Lauter Entdeckungen, man fühlt sich da wie Kolumbus, kann ich dich sagen!

EMIL: *Bei deinen wissenschaftlichen Recherchen müssen ja auch die Funde katalogisiert werden. Machst du diese detaillierte, konzentrierte und wissenschaftliche Arbeit allein?*

Bruno: Ja wat denkst du denn? Ich bin ein Alleskönner, ich mache allet. Eine gewisse Brigitte, die wat meine Wirtin is, is von zuhause aus Archäologin. Abba im Vertrauen, ohne mich wär se nix, bei allem muß ich ihr helfen.

EMIL: *Das ist ja eine solidarische Haltung, wenn du im Hintergrund agierst, und die Lorbeeren andere einheimsen.*

Bruno: Ganz so isset ja auch nicht, wer macht denn hier dat Interwiu und kommt inne Zeitung? Ich sach nur: zur richtigen Zeit anne richtige Ort - dat is die Kunst.

EMIL: *Apropos Ort: Hast du schon mal in Hamburg gegraben?*

Bruno: Nee, hier hatte man mich noch nich angefordert.

EMIL: *Dann wird es ja mal Zeit. Du kennst dich aber bestimmt mit dem Hamburger Denkmalschutzgesetz aus. Meines Wissens muss das Bezirksamt bei jedem Bauplanverfahren sowie bei Abbruch und Bauanträgen eine Stellungnahme von der Bodendenkmalpflege einholen. Nun gibt es in Eimsbüttel unter anderem einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurf Lokstedt 59. Ein anerkannter, ökologisch wertvoller Waldbiotop, der Willinks Park, soll weitgehend für Wohnblöcke und Tiefgaragen geopfert werden. 2009 wurde dieser ehemalige Landschaftspark zum Grabungsschutzgebiet erklärt, da dort ein Hünengrab aus der Jungsteinzeit vermutet wird. Kannst Du mir sagen, warum dort trotzdem gebaut werden kann, obwohl dieses ein Hektar große Gebiet unter Denkmalschutz steht?*

Bruno: Hi, hi, hi Hünengrab, is so gut wie Hühnergrab. Abba Spaß beiseite, die Dinger heißen Hügelgräber und dat im Willingspark soll nen Steingrab sein. Die ersten sind aussar Bronzezeit und dat Steingrab aussar Jungsteinzeit. Da sind wir ganz weit draußen inner Geschichte – so ca. 5500 Jahre vor unserer Zeit. Und dat mit dem Denkmalschutz ist eine ganz diffizile Sache, dat sach ich dich – inner Denkmalliste is dat Grab nämlich nich eingetragen. Falls et abba doch sein sollte, greift der Paragraph 17 von dat Hamburgischen Denkmalschutzgesetz. Da steht unter der Überschrift „Maßnahmen in Grabungsschutzgebieten“, dat Maßnahmen, die archäologische Gegenstände gefährden können, der Genehmigung der zuständigen Behörde bedürfen. Et is nämlich so, dat dat Bodendenkmal, wat in einem Grabungsschutzgebiet steht, vonne Archäologen erst untersucht werden muss, bevor se dort bauen dürfen und in dat Gesetz steht auch, dat dat der Inverstor bezahlen tun muss. Und wat dat bedeutet, kannste dich ja vorstellen. Dort die Seite, die nich oder nich viel zahlen will, die abba richtich Kohle machen kann, wenn se dort bauen darf, und hier wir armen Archäologen. Von uns sagen se nur, dat wir Bauverhinderer sind und dat wir kosten. Ja klar kosten wir, abba kosten tut jeder und allet heutzutage. Jeder rechnen nämlich allet in Euro und Cent um. Nun will ich mal sagen, dat man dat nich so ohne weiteres abstellen kann, abba dann soll man bitteschön auch mit gleichen Maß messen. „Archaeology is part of culture“, der Ausspruch is nich

Foto: Privat

von mich, könnte abba von mich sein. Die Kultur wird in schlechten Zeiten imma kurz und kürzer – et sei denn, man betreibt die Elbphilharmonie. Hab ich recht odda hab ich recht? Ich sehe für dat Steingrab inne Willinks Park schwarz.

EMIL: *Ich finde, du hast recht in Bezug auf die Bewahrung von Kulturgütern, wie beispielsweise Bodendenkmale, die leider nicht ein so großes Image haben, wie die Elbphilharmonie. Manchmal überschlagen sich allerdings die Ereignisse. Im Zusammenhang mit dem Wohnungsbauprogramm wurde der B-Plan-Entwurf Lokstedt 59 eingestellt. Wird dieses Gebiet jetzt wissenschaftlich erfasst, und werden die Archäologen die Kulturgüter an das Tageslicht bringen?*

Bruno: Nee, da passiert ja nix, will heißen, dat, wenn nicht gebaut wird, auch kein Kulturgut zerstört wird. Wir Archäologen graben nämlich nur, wenn ein Bodendenkmal durch Bautätichkeit bedroht is. Abba ich hab nen Tipp für die Leser: Hamburg hat nen ganz tofftet Archäologisches Museum, dat is in Harburg auffem Harburger Rathausplatz 5. Lohnt sich wirklich, dat mal zu besuchen.

EMIL: *Wir danken für dieses Gespräch.*

Umwandlung bedroht die alten Mieter

Der Sanierungsbeirat Eimsbüttel-Süd soll dafür sorgen, dass die Meinungen aus dem Sanierungsgebiet in die politischen Entscheidungen einfließen. Deshalb setzen sich die stimmberechtigten Mitglieder aus Mietern, Eigentümern, Gewerbetreibenden und Einrichtungen zusammen. Der Sanierungsbeirat kann Empfehlungen an den politischen Ausschuss des Bezirksparlamentes richten. *Von Michael Hartwig*

Foto: Privat

Michael Hartwig sitzt für DIE LINKE im Sanierungsbeirat

In den letzten Jahren drängte sich der Verdacht auf, dass die ansässige Bevölkerung durch junge zahlungskräftige Bewohner verdrängt wurde. Dieser Eindruck ist auch durch die vermehrte Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen entstanden. Eine Abgeschlossenheitsbescheinigung ist Voraussetzung zur Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen.

Lagen vor der förmlichen Festlegung des Sanierungsgebietes Abgeschlossenheitsbescheinigungen für 490 Wohnungen bzw. 21,6 Prozent des Wohnungsbestandes im Eimsbütteler Sanierungsgebiet vor, hat sich diese Zahl im Herbst 2010 auf rund 680 erhöht, so dass 2010 für etwa 30 Prozent des Wohnungsbestandes im Sanierungsgebiet Abgeschlossenheitsbescheinigungen vorlagen.

Aufgrund dieser Zahlen und unter dem Eindruck der Verdrängung der ansässigen Bevölkerung beschloss der Sanierungsbeirat Eimsbüttel-Süd mit großer Mehrheit, der Bezirksversammlung Eimsbüttel zu empfehlen, sich für eine soziale Erhaltensverordnung im Sanierungsgebiet einzusetzen.

Anzeige

Veranstaltung der Fraktion DIE LINKE. in der Bezirksversammlung Eimsbüttel

Die Stadt als geschichtlicher Ort:

Städtebauliche Leitbilder Hamburg - Vom Industriezeitalter im 19. Jahrhundert bis zur heutigen „Stadt als Natur“

Referent: Ivo Krings, stellv. Vorsitzender der Fritz-Schumacher-Gesellschaft Hamburg

Donnerstag, 19. Januar 2012 um 19:00 Uhr,
MUT-Theater, Amandastr. 58 (nahe U-B Schlump)

Die in Paragraph 172 Baugesetzbuch angeführte soziale Erhaltensverordnung hat die Zusammensetzung der ortsansässigen Wohnbevölkerung im Blick und will deren Struktur erhalten, sofern ihre Veränderung zu städtebaulichen Problemen führen würde. Das wirksamste Instrument der sozialen Erhaltensverordnung ist der Genehmigungsvorbehalt. Dieser sieht vor, dass bauliche oder Nutzungsänderungen an baulichen Anlagen der Genehmigung durch die Bezirksämter bedürfen, sofern das wirtschaftlich zumutbar ist. Wird neben der sozialen Erhaltensverordnung auch eine Umwandlungsverordnung eingeführt, sind Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen genehmigungspflichtig.

Zur Durchführung des Verfahrens: Das Bezirksamt muss eine Voruntersuchung durchführen, in der die Bevölkerungsstruktur, das Aufwertungspotenzial des Wohnungsbestandes und der Verdrängungsdruck im Untersuchungsgebiet überprüft werden. Wird in dieser Voruntersuchung der Verdrängungsdruck erhärtet, gibt die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt eine repräsentative Hauptuntersuchung in Auftrag. Vor- und Hauptuntersuchung müssen von einem externen Institut durchgeführt werden. Kommen beide Untersuchungen zum Ergebnis, dass eine soziale Erhaltensverordnung sinnvoll sei, bedarf es der Zustimmung des Senats. Das gesamte Verfahren dauert etwa ein bis eineinhalb Jahre.

Die abgeschlossene Voruntersuchung kommt zum Ergebnis, dass in Bereichen des Eimsbütteler Schanzenviertels durch Fassadendämmung, dem Anbringen von Balkonen, Bädermodernisierung und durch Wohnungszusammenlegung ein Aufwertungspotenzial besteht. In diesem Zusammenhang würden einkommensschwache Haushalte sowie mittlere Einkommensgruppen mit Kindern durch junge Berufstätige und Paare in der Familiengründungsphase verdrängt werden. Aufgrund dieser Tendenzen erscheint die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung schutzwürdig, da die Bevölkerungsmischung im Untersuchungsgebiet bedroht ist und deren Auflösung negative Tendenzen für andere Stadtteile hätte. Kommt die Hauptstudie zum gleichen Resultat, sollten die soziale Erhaltens- und die Umwandlungsverordnung vom Senat in Kraft gesetzt werden.

Schnelsen: Senat will bauen, obgleich der Bezirk Nein sagt

Trotz Widerstands aus dem Stadtteil und der Bezirksversammlung evoziert der Senat den Bauplan Schnelsen 79 und will an der Stadtgrenze einen teuren Häuserbau durchsetzen. *Von Žaklin Nastić*

Foto: *Nastić*

Demonstrieren Geschlossenheit: Bezirkspolitiker gegen Schnelsen 79

Seit der Bezirksversammlung vom 24. November 2011 ist es offiziell: Der Senat nutzt das Evokationsrecht und nimmt das Planverfahren für Schnelsen 79 wieder auf. Das Landschaftsschutzgebiet beim Grothwisch, der Landesgrenze, Bönningstedter Weg sowie Klaus-Nanne-Straße soll nun gegen den einstimmigen Beschluss der Bezirksversammlung Eimsbüttel bebaut werden, um das Wohnungsbauprogramm der SPD umzusetzen.

Die Argumente der Bezirksabgeordneten und der Bürgerinitiative von „Schnelsen 79 bleibt grün!“ fanden keinen Anklang. Stattdessen will die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) die Fläche aus dem Landschaftsschutz entlassen, um hier neunzig Wohneinheiten zu realisieren. Auf die Kritik, dass es hier weder eine ganzheitliche Infrastruktur noch ein Verkehrskonzept gäbe, wird auf das einen Kilometer entfernte Burgwedel verwiesen. Eine Vereinbarung zwischen der Stadt Hamburg und der Nachbargemeinde Bönnigstedt, die Landesgrenzen freizuhalten, habe es nicht gegeben, so die Behörde.

Auch wenn die Nachbargemeinde inzwischen in einem Schreiben die Freie und Hansestadt Hamburg dazu aufgefordert hat, den B-Plan Schnelsen 79 einzustellen, sieht der Senat in dem Landschaftsschutzgebiet einen wichtigen Beitrag zum Erreichen der vereinbarten Ziele des Wohnungsbauprogramms. Obwohl der Bezirk die Wohnungsbauziele auch ohne die Fläche in Schnelsen bereits erreicht.

Die Fraktion DIE LINKE lehnt die Bebauung der Fläche auch aufgrund der hier geplanten mindestens neunzig Wohneinheiten (Einfamilienhäuser und Doppelhaushälften) im höher gelegenem Preissegment ab. Wir kritisieren, dass auch hier wieder kein Sozialer Wohnungsbau entstehen soll, sondern nur Investoreninteressen bedient werden. Obwohl Menschen mit geringem Einkommen am stärksten von der Wohnungsnot betroffen sind, wird seitens des Senats keine Abhilfe geschaffen.

In Eimsbüttel gibt es ca. 7.500 Sozialwohnungen. Bis zum Jahr 2016 werden davon allein 2.700 aus der Sozialen Bindung fallen. Die Sozialwohnungen, die jährlich gebaut werden sollen, können nicht einmal die ersetzen, die bis zum Jahr 2016 aus der Bindung fallen werden. Wir fordern den Senat auf, das B-Plan-Verfahren Schnelsen 79 einzustellen und Wohnungsbaupolitik demokratisch, sozial und bezahlbar zu gestalten.

Bürgerinnen und Bürger, Initiativen, Mietervereine und Bezirksversammlungsbeschlüsse dürfen nicht der Willkür des Senats ausgesetzt sein.

Kunstmeile Osterstraße

Im Herbst letzten Jahres fand die alljährliche Kunstmeile in der Osterstraße statt. Die Aktionsgemeinschaft Quartier Osterstraße e.V. hatte zum zwölften Mal zu einem Wettbewerb unter bildenden Künstlern und Künstlerinnen aufgerufen. Einzelhändler hatten ihre Verkaufs- und Schaufensterflächen für die Ausstellung zur Verfügung gestellt. *Von Astrid Dahaba*

Foto: Privat

El Toro

Eine 13. Kunstmeile wird es nicht mehr geben. Der Vorsitzende der Aktionsgemeinschaft Quartier Osterstraße e.V., Til Bernstein, zu diesem Schritt: „Die Teilnahme wurde immer geringer. So hatten wir in unseren besten Zeiten über achtzig teilnehmende Geschäfte und Künstler. In diesem Jahr haben wir nicht mal mehr fünfzig geschafft. So haben wir uns gedacht, dass jetzt der richtige Zeitpunkt für eine kreative Pause ist.“ Eine Kommission wird ein neues Konzept für September 2012 erarbeiten.

Zur Kunstmeile 2011 wurden knapp zweihundert Stimmen von Eimsbüttlern abgegeben. Dieses Votum zählte als eine Stimme und ging in die Juryentscheidung ein. Die anderen Juroren kamen jeweils aus den Fraktionen der Bezirksversammlung. Prämiert wurden die besten Künstler und die beste Schaufenstergestaltung. Die ersten drei Plätze waren deckungsgleich mit den Werken der Künstlerinnen und der Präsentation in den Schaufenstern. Unter den Einsendern wurden Preise verlost, die von den Einzelhändlern gesponsert wurden.

Bei der zweiwöchigen Präsentation der Werke in den Verkaufsräumen der anliegenden Geschäfte hatten die Eimsbüttler die Möglichkeit, bei einem Einkaufsbummel die Werke zu begutachten und auch zu kaufen. Zehn Prozent des Erlöses von den verkauften Bildern ging an eine gemeinnützige Organisation – im letzten Jahr an die Lenzsiedlung e.V.

Für die Geschäfte war es Marketing und für die Künstler und Künstlerinnen Öffentlichkeitsarbeit. Das Anliegen, Wirtschaft und Kunst zu verbinden, hat auf Dauer nicht funktioniert.

„Alles Fremde macht mich neugierig …“

Menschen und ihre jeweilige Kultur inspirieren die Malerin Maren Witte für ihre Bilder. Sie ging als Siegerin aus der zwölften Kunstmeile in der Osterstraße im Oktober 2011 hervor. *Interview: Astrid Dahaba*

EMIL: *Frau Witte, erst einmal herzlichen Glückwunsch zum ersten Preis.*

Maren Witte: Vielen Dank.

EMIL: *Was für Vorteile haben Sie von dem Preis? Meines Wissens haben Sie kein Geld erhalten?*

Witte: Ein Vorteil ist es natürlich, sich als Künstler in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Als Anerkennung zum 1. Preis gab es eine Urkunde, welche ich in meine Mappe für Öffentlichkeitsarbeit lege. Geld gab es keines. Wir Künstler zahlen ein Startgeld von 11,90 Euro und vom Verkauf von Kunstwerken geben wir zehn Prozent an das Quartier ab.

EMIL: *Was könnten Sie sich in Zukunft an Preisgeld vorstellen?*

Witte: Ein Preisgeld bei solchen Veranstaltungen wäre sicher ein guter Anreiz. Für Künstler sind ja immer Bekanntheit und Wiedererkennung wichtig. Die Möglichkeit, in einer Galerie auszustellen, ist eine gute Sache. Aber auch in einer Fachzeitschrift oder im Kulturteil einer Tageszeitung vorgestellt zu werden, wäre schon genial.

EMIL: *Waren Sie mit der Präsentation in der Kunstmeile zufrieden?*

Witte: Mit meiner persönlichen Kunstmeile im

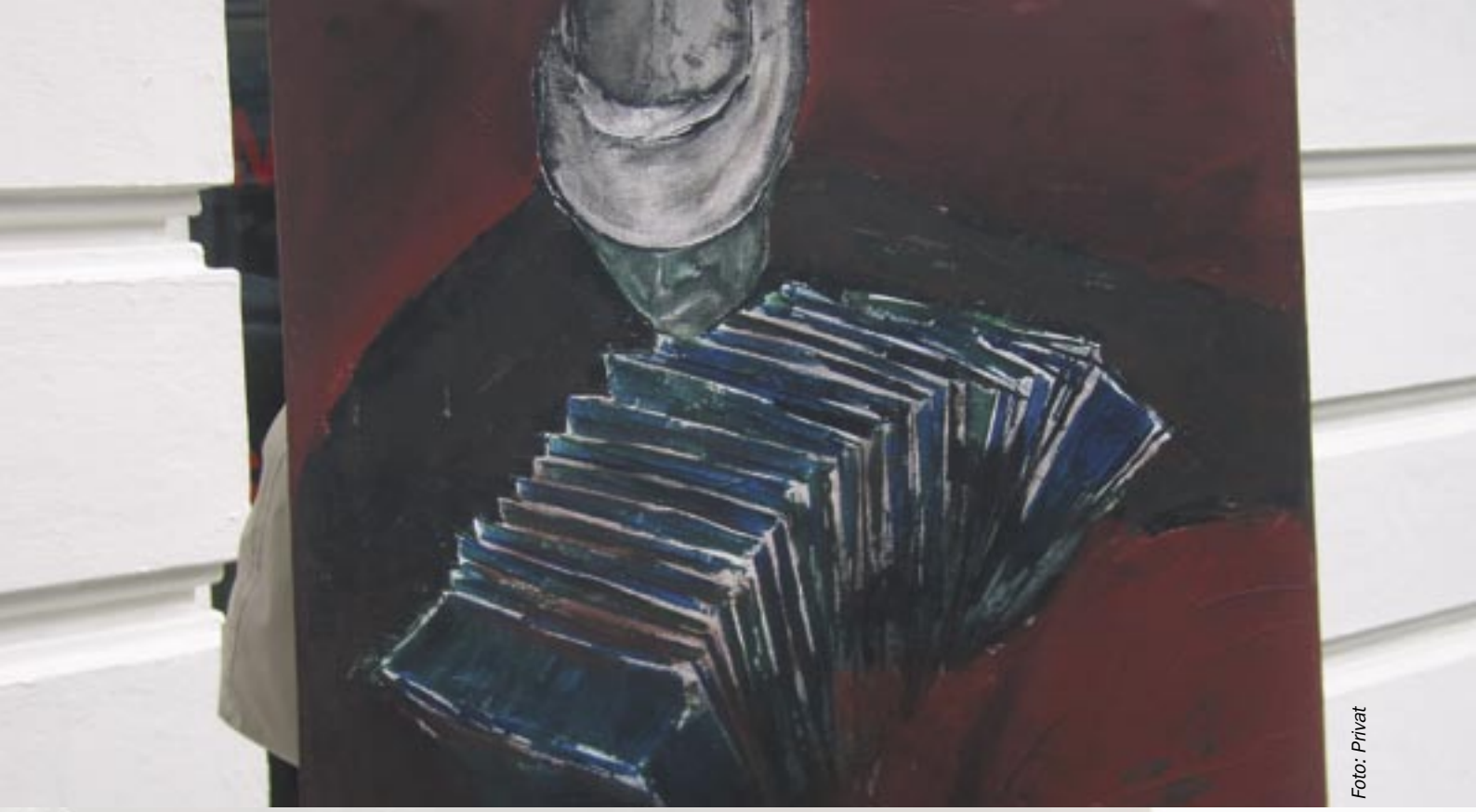


Foto: Privat

Bandoneonspieler

Weltladen in der Osterstraße, mit der hilfreichen Unterstützung der Leute vom Weltladen, war ich sehr zufrieden. In Zusammenarbeit mit Arlette Andrae vom Quartiersmanagement und der Künstlerin Heinke Boehnert hatten wir vor der Eröffnung in der Galerie von Frau Boehnert in der Schwenckestraße eine schöne Vernissage mit vielen Gästen. Jeder Künstler präsentiert sich mit einer Arbeit für diesen einen Abend. Aber im Allgemeinen verläuft sich die Kunstmeile auf der Osterstraße, es gibt große Lücken, da sich viele Geschäfte nicht beteiligen. Es fehlt eine Räumlichkeit, wo sich die Künstler während der Zeit der Ausstellung gemeinsam präsentieren, treffen und austauschen können.

EMIL: *Unterstützen Sie das Konzept der Ausstellung in Einzelhandelsgeschäften?*

Witte: Mit der Unterstützung ist das so eine Sache, weil vom Quartier die Mitteilung kam, dass es die Kunstmeile in dieser Form so nicht weiter geben wird.

EMIL: *Was könnten Sie sich in Zukunft in Bezug auf Ausstellungsmöglichkeiten für Künstler und Künstlerinnen vorstellen?*

Witte: Wie bereits erwähnt: Ich könnte mir eine Räumlichkeit vorstellen, wo es für Künstler die Möglichkeit für Veranstaltungen gibt. Auch andere Formen der Kunst und Kultur könnten stattfinden, auch aus anderen Kulturkreisen: Lesungen, Musik, Tanz, die ganze Palette der Malerei, Grafik, Objektkunst, Skulpturen.

EMIL: *Was halten Sie von der Idee, dass die Bezirksversammlung einen Wettbewerb initiiert und eine Stiftung gewinnt, die ein Preisgeld zahlt?*

Witte: Hier kann ich nur sagen: tolle Idee.

EMIL: *Ihre Themen in den Bildern sind: Miteinander und Migration. Diese Themen passten hervorragend in das Geschäft „Weltladen Osterstraße". Warum haben Sie diese Themen für Ihre Bilder gewählt? Gibt es persönliche oder politische Gründe?*

Witte: Miteinander, Migration, Umwelt – das sind komplexe Themen. Um es ganz kurz zu machen: Es sind persönliche Gründe, die mich bewegen zu malen. Dinge, die mir am Herzen liegen und persönliche Erfahrungen, die ich auf vielen Reisen – insbesondere in Südamerika – verarbeite. Außerdem: Alles Fremde, andere Menschen und ihre Kultur haben mich schon von Kind auf begeistert und machen mich neugierig. Natürlich habe ich auch eine politische Meinung.

EMIL: *Was motiviert Sie zu malen?*

Witte: Themen, die mich bewegen, versuche ich in meinen Werken umzusetzen.

EMIL: *Haben Sie einen Wunsch an den Bezirk, an die Politik?*

Witte: Ich wünsche mir, dass in Eimsbüttel ab und an Gemeinsames in Sachen Kunst passiert.

Foto: Privat

Bericht aus der Bürgerschaft

Schaufensterantrag der CDU: Senat soll das Alkoholtrinken und Rauchen auf Hamburgs Spielplätzen verbieten. *Von Kersten Artus*

Was in Harburg, in Wandsbek und Nord gilt, wird unweigerlich auch in absehbarer Zeit auf allen 758 Spielplätzen Hamburgs Normalität werden: Rauchen und Alkoholtrinken sind in diesen drei Bezirken verboten. In Bergedorf gilt nur ein Rauchverbot. Für Eimsbüttel wird noch das Gesetz über Grün- und Erholungsanlagen vom 18. Oktober 1957 in Verbindung mit der Verordnung zum Schutz der öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen vom 26. August 1975 angewendet. Das heißt u.a.: Spielplätze dürfen nicht durch Abfall verunreinigt und Kinder nicht belästigt werden. Hieraus leitet sich ein Rauch- und Alkoholverbot durchaus auch für die 111 Eimsbütteler Spielplätze ab. Dennoch beschloss die Bezirksversammlung außerdem am 30. Juni 2011, ein Rauch- und Alkoholverbot auf den öffentlichen Spielplätzen einzuführen.

Nun stellte die CDU-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft den Antrag, ein Rauch- und Alkoholverbot auf allen Hamburger Spielplätzen einzuführen.

Was soll so ein Antrag? Die 28-köpfige Fraktion der CDU begründet ihn wie folgt: Aufgrund der erheblichen Gefährdung kleiner Kinder durch herumliegende Zigarettenstummel oder Flaschensplitter, aber auch wegen der Vorbildfunktion der anwesenden Jugendlichen und Erwachsenen scheint die Umsetzung eines Rauch- und Alkoholverbots für Spielplätze sinnvoll.

Sicherlich können Zigarettenstummel und Glassplitter Kindern gefährlich werden. In gewisser Weise haben Erwachsene auch eine Vorbildfunktion. Aber der zuständigen Behörde liegen überhaupt keine Erkenntnisse über Vergiftungen durch Zigarettenstummel oder Verletzungen durch Scherben auf Spielplätzen vor. Von dort heißt es vielmehr: Spielplätze werden hauptsächlich durch hausmüllähnliche Abfälle aller Art (Verpackungsmaterialien von Lebensmitteln et cetera) verschmutzt, die die Nutzer und Besucher achtlos liegen lassen und nicht in die Abfallbehälter entsorgen. Der Anteil an Glasflaschen/-scherben oder Zigarettenkippen ist mehr oder minder groß, je nach Lage der Spielplätze.

Zigarettenstummel liegen zudem überall auf den Straßen herum. Will die CDU als nächstes das Rauchen auf den Straßen verbieten? Auch die Vorbildfunktion Erwachsener gegenüber Kindern ist schwer greifbar: Unterscheidet ein Kind, wenn Mutter oder Vater auf dem Spielplatz nicht rauchen, dafür aber zu Hause? Mehr als 1,7 Millionen Kinder müssen in Deutschland jeden Tag zu Hause Tabakrauch einatmen, informiert das Deutsche Krebsforschungszentrum. Will die CDU demnächst das Rauchen zu Hause verbieten?

Dass den Folgen von süchtigem Verhalten nur bedingt mit Verboten beizukommen ist, ist in Fachkreisen eine unbestrittene Wahrheit. Hätte die CDU ihre Begründung selbst ernst genommen, hätte sie die gesundheitlichen Folgen des Passivrauchens für Kinder in ihren Antrag eingebaut. Sie hätte den Suchtcharakter des Nikotins hervorgehoben und Präventions- bzw. Entwöhnungskurse für Eltern vorgeschlagen. Und wenn es der CDU um Sauberkeit auf Hamburgs Spielplätzen gegangen wäre, hätte sie in den letzten zehn Jahren aktiv werden können, als sie noch die Regierung stellte. Einer der schlimmsten Gründe für verschmutzte Spielplätze ist im Übrigen der Kot freilaufender Katzen. Doch so intensiv hat sich die CDU gar nicht mit dem Thema befasst, das sie in den Mittelpunkt der Bürgerschaftssitzung im Dezember stellte. Vielleicht auch besser so: Sonst hätte sie noch beantragt, freilaufende Katzen zu verbieten.

Voll Power ins Jahr 2012

Von Kersten Artus

Foto: Gedenkstätte Ernst Thälmann

Magda Langhans, KPD-Politikerin in der Hamburgischen Bürgerschaft

Wäre Hamburg ein Unternehmen, wäre sie pleite, erklärte SPD-Finanzsenator Peter Tschentscher auf seiner Pressekonferenz vor Weihnachten. Nun gut. Seit Dohnanyi in den 1980ern die Standortpolitik zur Maxime der Regierung erklärt hat, wird Hamburg bereits wie ein Unternehmen geführt – mit all den dramatischen sozialen Folgen: Privatisierung von Strom, Gas und Gesundheitswesen, Verfestigung der sozialen Spaltung, Wohnungsnot, Personalabbau im Öffentlichen Dienst. Das stellt die SPD nicht in Frage. Sie will – nach wie vor – an den Folgen des Kapitalismus herumdoktern.

Dass der Senat die Stromnetze nicht zurückkauft, sondern lediglich eine Kapitalbeteiligung in Höhe von 25,1 Prozent forciert, zeigt, dass die SPD nichts gelernt hat aus den Folgen der Privatisierung. Und das Chaos um die Verluste der Ein-Euro-Jobs, die Abschiebungen von Roma-Familien, geplanter Abbau von 250 Stellen im Öffentlichen Dienst und die Kürzung des Weihnachtsgeldes sprechen dafür, dass es der SPD nicht vordringlich darum geht, Hamburg sozial und solidarisch zu gestalten. Dass Kitas und Universitäten erst im Laufe der nächsten Jahre gebührenfrei werden und nicht sofort, wie von der Linksfraktion gefordert, ist eine falsche Entscheidung. Ob das Wohnungsbauprogramm Erfolg haben wird, ist derzeit nicht absehbar. Zweifel sind angebracht, denn der Senat kann ja über den Bau gar nicht selbst entscheiden.

Die neue Linksfraktion hat sich nach den Neuwahlen im Februar ohne Anwärmphase in der Bürgerschaft schnell und professionell etabliert. Unsere Anträge und Anfragen bringen Tempo in die Parlamentsarbeit. Dabei ist es nicht leicht, sich als eine von nunmehr vier Oppositionsparteien zu behaupten. Mit der FDP ist eine Fraktion dazugekommen, die vor allem von der Springer-Presse hofiert wird.

Erst im Herbst hat die Bürgerschaft den Haushalt verabschiedet. Meine direkten Initiativen für den Haushalt waren: die Wiedereinführung eines Wohngeldes für stationäre Aufenthalte in Pflegeheimen, kostenlose Verhütungsmittel für Bedürftige, ein Stopp von Krankenhausinvestitionsmitteln und der Entzug staatlicher Mittel für das Eliteprojekt Hamburg Media School. Alle Anträge wurden von der SPD abgelehnt, obwohl sie gegenfinanziert und vernünftig begründet waren. Das Jahr 2012 steht wieder im Zeichen von Haushaltsberatungen: Der Doppelhaushalt 2013/2014 wird eingebracht werden. Ich werde mich für die Einführung eines Gender Budgetings einsetzen. Steuergelder gehören endlich geschlechtergerecht verteilt.

Eine selbstgestellte Aufgabe konnte ich gerade abschließen: Seit Sommer hatte ich intensiv an der Aufarbeitung des politischen Erbes von Magda Langhans gearbeitet. Die KPD-Politikerin lebte von 1903 bis 1987 in Hamburg und war die erste Frau, die dem Präsidium der Bürgerschaft angehörte. Zu ihrem 25. Todestag kommt eine Broschüre von mir heraus, die einen Großteil ihrer in der Bürgerschaft zwischen 1931-33 und 1946-53 gehaltenen Reden enthält, unveröffentlichte Fotos und einen biografischen Teil. Deutlich wurde vor allem, wie schnell die Nazi-Verbrechen nach 1945 vergeben und vergessen wurden. Magda Langhans hat leidenschaftlich für die Aufarbeitung des geistigen Erbes der Nazis gekämpft – verhindert wurde dies durch einen Apparat, der nach wie vor durchsetzt gewesen ist mit Naziaktivisten, Mitläufern, Wegguckern. Am 17. Januar lade ich zu einem Gedenken auf den Ohlsdorfer Friedhof ein, wo sie zusammen mit ihrem Mann auf dem Platz der Geschwister-Scholl-Stiftung begraben liegt.

Auf meiner Website http://kerstenartus.de können meine politischen Aktivitäten verfolgt werden.

Zugewählte Bürger und Bürgerinnen

Foto: Privat

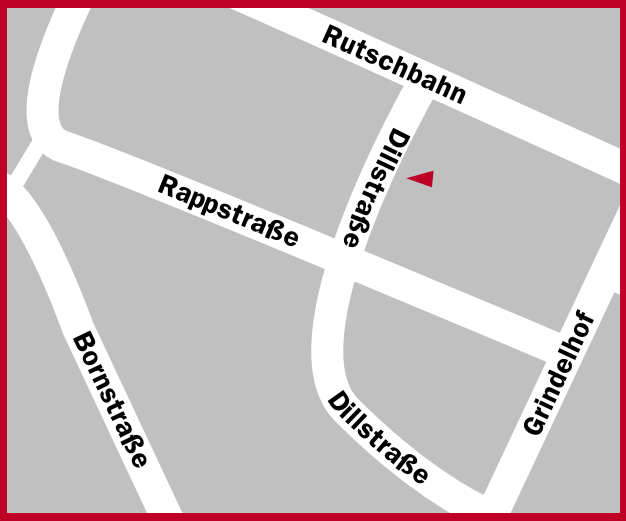
Die gewählten Volksvertreter der entsprechenden Parteien sollen die Belange der Bürger und Bürgerinnen in der Bezirksversammlung vertreten. Doch auch interessierte Personen, die „zugewählten Bürger", können sich aktiv in die Politik einmischen.
Von Martina Nemes

Die Möglichkeit, sich einzubringen und Anträge zu stellen, nutzen bislang leider nur wenige Bürger in unserem Bezirk. Vielleicht wissen sie nicht, dass sie die Möglichkeit haben, aktiv in einem oder mehreren Ausschüssen mitzuarbeiten.

Wie kann man nun als einzelne Person in einen Ausschuss hinzugewählt werden? Zunächst sollte man Kontakt zu den Politikern seiner favorisierten Partei suchen – manchmal ist es aber auch umgekehrt. Die jeweilige Fraktion benennt dann ihre hinzugewählten Bürger für den betreffenden Ausschuss (i. d. R. für die neue Legislaturperiode). Durch eben diese Bürger, die Fach- und Unterausschüsse besetzen können, soll mehr Bürgerbeteiligung gewährleistet werden. So wurde auch ich im Herbst letzten Jahres von der Linkspartei auf eine mögliche Zusammenarbeit im Regionalausschuss Stellingen und im Unterausschuss für Bauangelegenheiten Stellingen angesprochen.

So bin ich nun seit diesem Frühjahr in zwei Ausschüssen tätig und finde dieses Ehrenamt sehr interessant. Es gilt, viele Texte zu lesen, Veranstaltungen zu besuchen, sich mit den Fraktionsmitgliedern auszutauschen und gemeinsam Anträge zu formulieren bzw. Position zu beziehen. Und natürlich sollte man als zugewählter Bürger vor allem auch mit anderen Bürgerinnen und Bürgern aus dem Stadtteil in direktem Kontakt bleiben. Ich sehe mich hier als wichtiges Bindeglied bzw. als Vermittler zwischen Verwaltung, Politik und dem „gemeinen Volk". Und die Arbeit kann auch sehr anstrengend sein. So muss man immer wieder mit Rückschlägen fertig werden, wenn man gegen die erfahrenen „alten Hasen" in den Ausschüssen antritt, die schon seit Jahren dabei sind und sich deswegen bereits weitaus leichtfüßiger auf dem politischen Parkett bewegen.

Am meisten aber gefällt mir die enge interne Zusammenarbeit mit der Linksfraktion Eimsbüttel. Hier wurde ich wirklich mit offenen Armen aufgenommen und fühle mich wie ein vollwertiges Mitglied. Oft werde ich um meine Meinung gebeten und sie wird auch akzeptiert bzw. sachlich innerhalb der Fraktion diskutiert. Ich kann nur hoffen, dass andere Parteifraktionen in Hamburg sich ebenfalls auf diesen Pfad begeben und mehr Bürger in ihre Ausschüsse hinzubestellen – und diese dann auch genauso respektvoll behandeln. Denn andere Parteien gehen manchmal nicht so freimütig mit ihren zugewählten Bürgern um. Ich habe es selbst schon bei einer anderen Fraktion erlebt: Wer nicht der vorherrschenden Parteiräson entspricht und dies öffentlich kundtut, kann auch flugs wieder von seiner Ausschussmitarbeit „entbunden" werden. Ich selbst betrachte diesen Umstand aber nicht als Hemmnis, sondern eher als Ansporn zu einer inhaltlich engen und vertrauten Zusammenarbeit. In diesem Sinne: Liebe EimsbüttlerInnen – meldet euch zu Wort!



Herzlich willkommen in der Geschäftsstelle der Fraktion **DIE LINKE.** in der Bezirksversammlung Eimsbüttel! Sie finden uns in der **Dillstrasse 16** (Souterrain). Unseren Geschäftsführer Gerald Reichert treffen Sie zu den Öffnungszeiten **dienstags 15 bis 18 Uhr** und **donnerstags 9 bis 12 Uhr** sowie nach Absprache. Auch unsere Bezirksabgeordneten freuen sich, nach Terminabsprache, auf ein Gespräch mit Ihnen. Rufen Sie uns an: **(01 76) 88 05 25 74** oder **(0 40) 53 26 26 76**. Mailen Sie uns: **info@linksfraktion-eimsbuettel.de**
Mehr über uns auf unserer Website:
www.linksfraktion-eimsbuettel.de

DIE LINKE.

Impressum. Herausgeber: Eimsbüttler Bezirksfraktion DIE LINKE, Hartmut Obens (V.i.S.d.P.); Dillstr. 16, 20146 Hamburg
Redaktion: Wulf Beleites · Layout: Zdravko Sisic · Druck: Langebartels Druck, Hamburg · Mails: emil@linksfraktion-eimsbuettel.de